

Ä1 EP-WS Was uns schützt.

Antragsteller\*in: Nadine Milde (KV Köln)

## Änderungsantrag zu A2

Von Zeile 41 bis 42 einfügen:

um unsere

Freiheit zu wahren. Wir wollen Freiheit, Demokratie und Menschenrechte nach innen stärken, damit Europa sie auch nach außen als fairer und verantwortlicher Teil der Weltgemeinschaft überzeugend vertreten kann.

## Begründung

Die Passage zu den "europäischen Werten" wie auch das Ende des Abschnitts zu "unserer Stärke" und "unserer Freiheit" vermitteln allzu leicht den Eindruck eines egozentrischen Europas, das für sich selbst sorgen will, dem aber der Rest der Welt dabei egal ist.

Der Zusatz am Ende setzt daher die Bekenntnisse zu "unserer" Freiheit, Stärke etc. nochmals klarer in den Kontext einer Weltgemeinschaft, als deren Teil sich "unser" Europa explizit versteht.

Ä2 EP-WS Was uns schützt.

Antragsteller\*in: Nadine Milde (KV Köln)

## Änderungsantrag zu A2

Von Zeile 45 bis 46:

Frieden ~~in Europa~~ und ~~unser~~ Wohlstand sind in der europäischen Idee untrennbar miteinander verbunden. Mehr noch, ihre

Von Zeile 65 bis 66 einfügen:

wo die

Arbeitsplätze und der Wohlstand der nächsten Jahrzehnte entstehen. Wir müssen für Verteilungsgerechtigkeit sorgen und den Wohlstandsgedanken so weiterentwickeln, dass jenseits rein materieller Definitionen auch Fairness, Humanität und Nachhaltigkeit unabdingbarer Teil von ihm werden.

## Begründung

Das "Wohlstand schützen"-Thema versucht offensichtlich, die Klientel "Mittelstand und darüber" anzusprechen, die um den Verlust erarbeiteten Wohlstands fürchtet. Das ist gut.

Dabei jedoch immer wieder vom Schutz "UNSERES Wohlstands" zu sprechen, klingt leicht wie Hohn in den Ohren all jener, die wenig bis gar keinen Wohlstand besitzen - und zwar nicht nur im globalen Süden, sondern z.B. auch bei den Millionen Armutsbetroffenen, die im 'reichen Deutschland' an den Tafeln Schlange stehen.

Die Problematik der Passagen wird auch nur teilweise dadurch aufgefangen, dass später vom Wohlstand "auch für die Vielen" und "nicht nur für die Wenigen" die Rede ist, denn

1. wenn Wohlstand für viele erst noch hergestellt werden muss, macht es eben keinen Sinn, dies unter die vorige Prämisse "Schutz unseres Wohlstands" zu stellen, als ob sie ihn schon hätten.
2. kann es bei einer krassen Verteilungsschere zwischen wachsenden Vermögensbergen Superreicher und Millionen Armen eben nicht nur darum gehen, einfach letzteren nun AUCH mehr Wohlstand zu verschaffen, sondern es braucht eine Neudefinition jenseits eines traditionellen Wohlstandsbegriffs und grundsätzlichere Forderung nach Verteilungsgerechtigkeit - die dann allerdings einen auf Kosten aller anderen und der Umwelt akkumulierten Wohlstand der Wenigen nicht mehr "auch schützen" will, sondern deren Wohlstandsdefinition in Frage stellt.

Dass Wohlstand insgesamt neu definiert und durch Aspekte wie Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit u.a. ersetzt bzw. ergänzt werden muss, wenn es echten Wohlstand für alle geben soll, darf sich nicht nur irgendwie mehr oder weniger aus anderen Kapiteln und Passagen erschließen, es sollte schon auch so gesagt werden in einer Präambel, die den Ton für alles Weitere setzt.

Ä3 EP-WS Was uns schützt.

Antragsteller\*in: Ulrike Siemens (KV Wolfenbüttel)

## Änderungsantrag zu A2

Von Zeile 67 bis 69 einfügen:

Europa zu stärken, ist also kein Selbstzweck; wir tun es, um Ihren Wohlstand, Ihre Freiheit, Ihre natürlichen Lebensgrundlagen und Ihre Sicherheit zu schützen.

Von Zeile 99 bis 101 einfügen:

Gewinnung von Fach- und Arbeitskräften, für Sicherheit in unsicheren Zeiten und für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Wir wollen unseren Wohlstand nicht

Von Zeile 177 bis 178:

unseren Frieden, unseren Wohlstand und ~~Wohlstand~~ den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen.

## Begründung

Da Wohlstand nicht näher definiert ist, wird er wohl überwiegend materiell verstanden. Der Wohlstand des globalen Nordens ist auf Kosten des globalen Südens, der Umwelt, des Klimas etc. erkaufte. Der Erhalt der Lebensgrundlagen (Wasser, Luft, Boden, Biodiversität, Klimastabilität etc.), die Grundvoraussetzung für Frieden, Sicherheit etc. sind, sollten deshalb ausdrücklich erwähnt werden

## Ä4 A – Was Wohlstand schützt

Antragsteller\*in: Holger Mossakowski (KV Hamburg-Nord)

### Änderungsantrag zu A3

Von Zeile 432 bis 438:

setzt bei der Forschung an und reicht bis zur Unterstützung bei Investitionen. ~~Dazu gehört einerseits dazu gehört~~ eine ~~Angebotspolitik~~ Politik, die Bürokratie abbaut ~~und~~, Anreize für private ~~Investitionen~~ ~~setzt, andererseits~~ Investitionen setzt und starke öffentliche Förderprogramme etwa für Zukunftstechnologien n wie Elektrolyseure, Windräder, E-Autos und Mikrochips. Denn wir wollen, dass Europa

### Begründung

„Angebotspolitik“ ist ein ökonomisch gesetzter Terminus mit anderer Bedeutung, die z.B. nichts mit Bürokratieabbau zu tun hat. Der Änderungsvorschlag scheint konsequenter.

Ä8 A – Was Wohlstand schützt

Antragsteller\*in: Jonathan Worth (KV Berlin-Neukölln)

## Änderungsantrag zu A3

In Zeile 979:

### 5. Innovationskraft und ~~Bürokratieabbau~~moderne Verwaltung

Von Zeile 1139 bis 1141:

Ein zentrales Mittel für den ~~Bürokratieabbau~~eine moderne Verwaltung ist die Digitalisierung ~~der~~  
~~Verwaltung~~. Dadurch  
können viele Behördengänge entfallen, der Datenaustausch automatisiert und

### Begründung

Ich finde, der Begriff "Bürokratieabbau" klingt etwas zu negativ und erinnert an etwas, das die FDP in einem Wahlprogramm vorschlagen würde. Deshalb schlage ich vor, einfach umzuformulieren und "moderne Verwaltung" zu sagen.

Ä9 A – Was Wohlstand schützt

Antragsteller\*in: Jonathan Worth (KV Berlin-Neukölln)

## Änderungsantrag zu A3

Von Zeile 1562 bis 1563 einfügen:

Güterverkehr und

gute Nachtzüge haben für uns Priorität. Mittelfristig wollen wir den Deutschlandtakt zu einem Europatakt ausbauen.

## Begründung

Es reicht nicht aus, mehr Züge zu fordern - wenn diese nicht koordiniert sind. Der Deutschlandtakt ist ein Prinzip, das von den Grünen seit langem unterstützt wird, und er bietet eine Vorlage dafür, was EU-weit möglich wäre. Er ist nicht sofort umsetzbar, aber es macht Sinn, ihn als Ziel aufzunehmen.

## Ä13 A – Was Wohlstand schützt

Antragsteller\*in: Leonie Völker (KV Frankfurt)

### Änderungsantrag zu A3

Von Zeile 60 bis 62 einfügen:

European

Green Deal auf die Agenda gesetzt, er ist die richtige Strategie und wir kämpfen weiterhin für seine Umsetzung. Jetzt sorgen wir dafür,

### Begründung

Hinblick auf die anderen Parteien, die den GreenDeal in Europa torpedieren, konnten wir unser Bekenntnis zum GreenDeal noch starker betonen.

## Ä15 A – Was Wohlstand schützt

Antragsteller\*in: Leonie Völker (KV Frankfurt)

### Änderungsantrag zu A3

Von Zeile 437 bis 439 einfügen:

Zukunftstechnologien wie

Elektrolyseure, Windräder, E-Autos und Mikrochips. Dafür brauchen wir unter anderem gute Bildungs- und Weiterbildungsangebote und die gezielte Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen mit nachhaltigen Geschäftsmodellen. Denn wir wollen, dass Europa an der

### Begründung

Um die grüne Transformation voranzutreiben, sind Bildung und Weiterbildung zentrale Elemente für eine erfolgreiche Industriepolitik, denn wir werden neue/andere Fertigkeiten in der Zukunft brauchen. Hier kann die EU unterstützen und verschiedene Programme nutzen und Angebote und Investitionen im Binnenmarkt stärken. Ausserdem sollten insbesondere KMUs, die nachhaltige Wirtschaftsmodelle haben, gezielt gestärkt werden. Barrieren für KMUs, wie zB verschiedene Sprachen im Binnenmarkt, unterschiedliche Anforderungen in den EU Mitgliedsstaaten, sollten europäisch gelöst werden, damit es für sie weiterhin attraktiv ist, in der EU an diesen neuen Ideen zu arbeiten.



## Ä17 A – Was Wohlstand schützt

Antragsteller\*in: Leonie Völker (KV Frankfurt)

### Änderungsantrag zu A3

Von Zeile 767 bis 769:

Ratingagenturen,

Versicherer und Pensionsfonds ~~Klimarisiken~~ Klima- und Biodiversitätsrisiken offenlegen und berücksichtigen. Wir setzen uns

### Begründung

Akteure im Finanzsektor müssen nicht nur Klima, sondern auch Biodiversitätsrisiken mitdenken. Hierfür braucht es klare Zielvorgaben (wie Nature Restoration Law), an denen sich die Finanzwirtschaft orientieren kann.

## Ä18 A – Was Wohlstand schützt

Antragsteller\*in: Leonie Völker (KV Frankfurt)

### Änderungsantrag zu A3

Von Zeile 1108 bis 1109 einfügen:

Tisch bringen,

eine Messe für Geschäftsmodelle der Zukunft. Ganz besonders unterstützen wir Frauen bei der Gründung und Entwicklung von neuen Geschäftsideen.

### Begründung

die feministische Perspektive muss im Start-up Kapitel unbedingt mitgedacht werden. Denn noch immer haben es hier Frauen schwerer und es sind meist Männer, die gründen und die vielen Herausforderungen auf sich nehmen.

## Ä19 A – Was Wohlstand schützt

Antragsteller\*in: Hessen: LAG Frieden, Europa und internationale Politik

Beschlussdatum: 02.10.2023

### Änderungsantrag zu A3

Von Zeile 1588 bis 1590 einfügen:

wir

Buchungsplattformen in die Lage versetzen, grenzüberschreitend durchgehende Fahrkarten einschließlich Sharing-

### Begründung

Fahrkarten, die nur innerhalb eines Staates durchgehend sind, reichen nicht aus. Es ist wichtig, dass die Fahrkarten grenzüberschreitend durchgehend sind.

## Ä20 A – Was Wohlstand schützt

Antragsteller\*in: Hessen: LAG Frieden, Europa und internationale Politik

Beschlussdatum: 02.10.2023

### Änderungsantrag zu A3

Von Zeile 1670 bis 1672 einfügen:  
angehören.

Für den Flugverkehr [fordern wir, dass Kerosin, das in Europa getankt wird, besteuert wird. Darüber hinaus](#) unterstützen wir die Forschung und Entwicklung von klimaneutralen

### Begründung

Wir müssen die steuerliche Ungleichbehandlung von Flugverkehr und den anderen Verkehrsträgern beenden. Bezüglich einer Kerosinsteuer nahm die Kommission am 14. Juli 2021 im Rahmen des Pakets „Fit für 55“ einen Vorschlag zur Änderung der Energiesteuerrichtlinie an, der auch weitere Maßnahmen umfasst, die zur Dekarbonisierung des Luftverkehrs beitragen (Procedure File 2021/0213(CNS) - Energy Taxation Directive). In dem Vorschlag ist unter anderem vorgesehen, die derzeitige Steuerbefreiung des Luftverkehrs im Rahmen der Überarbeitung der Energiebesteuerung in der EU abzuschaffen. Der Vorschlag wird bereits seit längerem im Europäischen Rat verhandelt, bislang jedoch nicht abschließend.

## Ä23 A – Was Wohlstand schützt

Antragsteller\*in: Ulrike Siemens (KV Wolfenbüttel)

### Änderungsantrag zu A3

Von Zeile 567 bis 568 einfügen:

Wir wollen, dass der Wohlstand insbesondere denjenigen zukommt, die ihn erarbeiten. Wir wollen mehr

### Begründung

das "insbesondere" wurde hinzugefügt, um deutlich zu machen, dass alle Menschen eine Teilhabe am Wohlstandsgewinn haben sollen, also nicht nur diejenigen, die ihn erarbeiten.

## Ä27 A – Was Wohlstand schützt

Antragsteller\*in: Christian Beck (KV Berlin-Mitte)

### Änderungsantrag zu A3

Von Zeile 1618 bis 1619:

Daneben wollen wir in Europa für das Flatrate-Prinzip im ÖPNV ~~werben~~stärken, das wir mit dem

Von Zeile 1623 bis 1624 einfügen:

Austausch zu

stärken. Flatrate-Tickets mit ähnlichem Prinzip und Preis sollen gegenseitig anerkannt werden. So machen wir Druck, das man mit dem gleichen ÖPNV-Flatrateticket möglichst durch die ganze EU reisen kann.

### Begründung

Deutschland hat (noch) das 49-Euro-Ticket dank uns. Portugal hat wohl auch schon eines. Frankreich diskutiert inspiriert durch unseres über etwas ähnliches. Gegenseitige Anerkennung könnte diese Tickets noch attraktiver machen. Ähnlich wie freies Roaming kann das zeitlich begrenzt gewährt sein, damit niemand in Portugal kauft um v.a. in Deutschland zu nutzen. Ein europäischer Rahmen könnte gegenseitige Anerkennung erleichtern und Nutzer\*innen ein europäisches Erlebnis bescheren und Auto-freien Urlaub in ganz Europa fördern, gerade auch zur Entlastung der Anwohner\*innen in Tourismus-Regionen.

## Ä28 A – Was Wohlstand schützt

Antragsteller\*in: Gabriele Trah (KV Frankfurt)

### Änderungsantrag zu A3

Von Zeile 680 bis 681 einfügen:

Prozent dem EU-

Haushalt zufließen. Auch setzen wir uns für eine Finanztransaktionssteuer ein und nutzen die Einnahmen zur Finanzierung des europäischen Gemeinwesens.

## Ä30 A – Was Wohlstand schützt

Antragsteller\*in: Laura Kroschewski (KV Berlin-Mitte)

### Änderungsantrag zu A3

Von Zeile 1461 bis 1462 einfügen:

bestehenden

Gebäudebestands und den Einsatz ökologischer Baustoffe und modularer Bauweisen.

### Begründung

Modulare Bauweisen sind gut, da in kurzer Zeit schnell und kostensparend gebaut werden kann, aber sie sind nicht unbedingt ökologisch. Daher braucht es die zusätzliche Forderung nach mehr ökologischen Baustoffen, denn:

- 1) Viele Baustoffe sind sehr energieintensiv in ihrer Gewinnung und Herstellung. In Europa wird noch viel zu viel mit CO<sub>2</sub>-intensiven Styropor, Beton, Stahl und Plastikfenstern gebaut. Stattdessen müssen wir auf natürliche Dämm- und Baustoffe wie Hanf, Flachs, Stroh, Lehm und Holz setzen.
- 2) Der Bausektor ist in Europa größter Abfallproduzent. Statt sortenreiner Materialien wird zu viel mit Verbundstoffen gearbeitet, die nicht mehr rezyklierbar sind.



## Ä4 B – Was Gerechtigkeit schützt

Antragsteller\*in: Holger Mossakowski (KV Hamburg-Nord)

### Änderungsantrag zu A4

Von Zeile 554 bis 556:

entwickeln. Die

Beantragung der Mittel ~~ist~~ und die Umsetzung der Förderungen sind jedoch oft zu kompliziert. Das reduziert die Zahl der Anträge und

Von Zeile 564 bis 566:

bürokratische Hürden

abzubauen, wollen wir unter anderem ~~bei kleineren Fördersummen~~ für geeignete Förderpositionen mehr Pauschalen und kostenunabhängige Fördermöglichkeiten einführen und

### Begründung

Nicht nur die Antragstellung ist aufwändig und kompliziert, auch der Ablauf der Förderung mit Berichtspflichten, Prüfungen etc. Pauschalen sollen nicht nur für kleine Förderprojekte greifen, sondern auch für geeignete Positionen in großen Förderprojekten, z.B. für IngenieurInnenstunden, Catering etc.. Viele Positionen können dann mit deutlich verringertem Aufwand geprüft werden. Überhaupt nicht erwähnt wird „Financing not linked to cost“. Diese rein outputorientierte Finanzierung ist ein aktuell schon zulässiger, besonders bürokratiearmer und in vielen Fällen sehr sinnvoller Ansatz. Er bedeutet vereinfacht: Ich zahle nicht mehr die Kosten für z.B. eine vermiedene Tonne CO<sub>2</sub>, sondern einen vorher definierten Preis für die Vermeidung. Dadurch entfällt der Löwenanteil des Prüfaufwands, ich muss nur das Ergebnis messen.

Ä7 B – Was Gerechtigkeit schützt

Antragsteller\*in: Jonathan Worth (KV Berlin-Neukölln)

## Änderungsantrag zu A4

Von Zeile 490 bis 492 einfügen:

regionalen

Wettbewerbsfähigkeit und Konnektivität (INTERREG-Programme) stärken die Kommunen und Regionen. Sie wollen wir

## Begründung

Ein zentraler Punkt: Können die Menschen in den Grenzregionen in angemessener Weise zu ihren Nachbarn jenseits der Grenze reisen? Dafür zu sorgen, dass sie das können - und zwar auch mit dem ÖPNV - ist wichtiger als Wettbewerbsfähigkeit (die im Wahlprogramm ohnehin schon reichlich erwähnt wird).

Ä8 B – Was Gerechtigkeit schützt

Antragsteller\*in: Jonathan Worth (KV Berlin-Neukölln)

## Änderungsantrag zu A4

Von Zeile 1253 bis 1257:

– ganz

egal, ob mit Bus, Bahn oder Flugzeug. ~~Auch deshalb wollen wir ein europaweites einheitliches Ticketsystem einführen, das Reisen mit dem Zug attraktiver macht~~ Auch deshalb wollen wir Buchungsplattformen die die Bunchungen von alle Tickets ermöglichen, und den Planungsaufwand

## Begründung

Dieser Text hier stimmt nicht mit dem überein, was oben im Kapitel Transport gesagt wird. Mit dieser Änderung wird er konsistent.

Ä9 B – Was Gerechtigkeit schützt

Antragsteller\*in: Leonie Völker (KV Frankfurt)

## Änderungsantrag zu A4

Von Zeile 1039 bis 1040 einfügen:

Verfügung

stehen und breite Angebote im digitalen Raum schaffen. Diese Europäische Zentrale für politische Bildung soll auch den Menschen in den EU-Beitrittskandidatenländern offen stehen.

## Begründung

In unserem Erweiterungsprojekt haben wir die politische Bildung als ein zentrales Element identifiziert, um die Länder näher an die EU zu bringen.

## Ä10 B – Was Gerechtigkeit schützt

Antragsteller\*in: Ulrike Siemens (KV Wolfenbüttel)

### Änderungsantrag zu A4

Von Zeile 27 bis 29 einfügen:

Wohlstand

überhaupt erst ermöglichen. Ein Wohlstand, der insbesondere bei denen ankommen muss, die ihn erarbeiten.

## Ä11 B – Was Gerechtigkeit schützt

Antragsteller\*in: Ulrike Siemens (KV Wolfenbüttel)

### Änderungsantrag zu A4

Von Zeile 499 bis 500 einfügen:

Alltag der

Bürger\*innen zum Gelingen der Europäischen Union bei.

Wir setzen uns dafür ein, den Alltag von Grenzpendler\*innen und binationalen Familien durch Bürokratieabbau und Harmonisierung von Behördendienstleistungen und -prozessen zu vereinfachen.

### Begründung

Es gibt immer noch große nationale Unterschiede bei Steuer, Krankenversicherung, Führerschein, Immobilienerwerb, Kinderbetreuung etc., was zu teilweise unauflösbaren Konflikten bei Grenzpendler\*innen (bringen Sie ein Dokument bei, das leider im Nachbarland nicht bekannt ist und nicht ausgestellt wird) und Familien mit mehreren EU-Nationalitäten führt.

## Ä18 B – Was Gerechtigkeit schützt

Antragsteller\*in: Claudia Hoffmann (LAG Hamburg)

### Änderungsantrag zu A4

Von Zeile 40 bis 42:

Rechte der

Arbeitnehmer\*innen und Erwerbslose gegen Ausbeutung genauso wie die Rechte der nicht mehr am Erwerbsleben teilnehmenden Rentner\*innen und Pensionär\*innen sowie der Kinder und Jugendlichen.  
[Zeilenumbruch]

Es reduziert Ungleichheit. Es sichert den Anspruch der

Von Zeile 46 bis 47:

trägt dazu bei,

dass Familien besser abgesichert sind ~~und~~, Kinder eine gute Zukunft haben und die Generation 60plus seniorengerechte Lebens- und Wohnbedingungen vorfindet.

### Begründung

Wir müssen dafür sorgen, dass sich die Bürger\*Innen der Generation 60plus als stetig wachsende Bevölkerungsgruppe erkennbar angesprochen fühlt. Dies geschieht zu wenig explizit. Altersgerechte Städte, Gesundheitsfürsorge und Schutz vor Altersarmut sind wichtige europaweite Themen.

Ä5 C – Was Frieden schützt

Antragsteller\*in: Holger Haugk (KV Eichsfeld)

## Änderungsantrag zu A5

Von Zeile 1156 bis 1160:

Beobachtungsmission in

~~Bergkarabach als wichtigen Schritt, den fortwährenden Konflikt zwischen Aserbaidshan und Armenien zu befrieden. Die EU kann hier~~  
Armenien als wichtigen Schritt zur Unterstützung der Sicherheit des Landes. Die EU sollte zwischen Armenien und Aserbaidshan als stabilisierender Mittler agieren und dadurch

## Begründung

Die EU-Beobachtungsmission findet nur in Armenien und nicht in Bergkarabach statt.



## Ä8 C – Was Frieden schützt

Antragsteller\*in: Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

### Änderungsantrag zu A5

Von Zeile 300 bis 301 einfügen:

gewährleisten wollen. Langfristig zielen wir darauf ab, das Vetorecht abzuschaffen. Wenn der Sicherheitsrat im Falle von schwersten Menschenrechtsverletzungen anhaltend blockiert ist, soll die Generalversammlung an seiner Stelle nach dem Vorbild der „Uniting For Peace-Resolution 377“ von 1950 über friedenserzwingende Maßnahmen, also diplomatische Maßnahmen, Sanktionen oder militärische Maßnahmen gemäß Kapitel VII der UN-Charta mit qualifizierter Mehrheit beschließen

### Begründung

In Kapitel C, Abschnitt "Internationale Organisationen stärken" ( <https://antraege.gruene.de/49bdk/c-was-frieden-schutzt-26075> auf Zeile 168 , <https://europawahlprogramm.antragsgruen.de/europawahlprogramm/C-Was-Frieden-schutzt-33227> auf Zeile 301) soll nach dem Satz "Langfristig zielen wir darauf ab, das Vetorecht abzuschaffen." der Satz ergänzt werden:

Wenn der Sicherheitsrat im Falle von schwersten Menschenrechtsverletzungen anhaltend blockiert ist, soll die Generalversammlung an seiner Stelle nach dem Vorbild der „Uniting For Peace-Resolution 377“ von 1950 über friedenserzwingende Maßnahmen, also diplomatische Maßnahmen, Sanktionen oder militärische Maßnahmen gemäß Kapitel VII der UN-Charta mit qualifizierter Mehrheit beschließen.

Dies wiederholt wörtlich die entsprechende Forderung unseres Bundestagswahlprogramms, [https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm\\_DIE\\_GRUENEN\\_Bundestagswahl\\_2021.pdf](https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm_DIE_GRUENEN_Bundestagswahl_2021.pdf) , S. 224 . Es entspricht auch dem Grundsatzprogramm von 2020 ( [https://cms.gruene.de/uploads/documents/20200125\\_Grundsatzprogramm.pdf](https://cms.gruene.de/uploads/documents/20200125_Grundsatzprogramm.pdf), Absätze 374 und 394) und unserem Europawahlprogramm von 2019 ( [https://cms.gruene.de/uploads/documents/B90GRUENE\\_Europawahlprogramm\\_2019\\_barrierefrei.pdf](https://cms.gruene.de/uploads/documents/B90GRUENE_Europawahlprogramm_2019_barrierefrei.pdf) , dort S. 126f. ) übernommen. Dort stehen sie, damit alle Lesenden gleich wissen:

diese Auslegung der VN-Charta gehört praktisch seit Beginn der Vereinten Nationen zu den Rechtsstandpunkten der Generalversammlung. Im Präzedenzfall von 1950 hat sie Völkerrecht gegen den erklärten Willen einer Vetomacht gesetzt und damit den – gegen den massiven Militäreinsatz einer weiteren (späteren) Vetomacht erreichten - politischen (Teil-)Erfolg des Koreakrieges dauerhaft legitimiert;

zu den im VII. Kapitel der VN-Charta als friedensdurchsetzend (bei unmittelbar drohenden oder bereits begonnenen Kriegen) klassifizierten Massnahmen gehören keineswegs nur die vor allem in den Artikeln 42 – 47 geregelten militärischen Massnahmen, sondern genauso die vor allem im Artikel 41 geregelten diplomatischen, kommunikativen und ökonomischen Druckmittel.

Es soll also niemand glauben, Grüne würden hier etwas völlig Neues, noch nie Erprobtes verlangen oder Grüne würden militärische Schritte schon befürworten, bevor alle nichtmilitärischen Möglichkeiten ausgeschöpft oder als offensichtlich wirkungslos verworfen wurden.

Kurz als Rückblick:

Im Schutzverantwortungs-Beschluss „Für eine Verantwortung zum Schutz der Menschenrechte“, zu dem sich 2012 die BDK Hannover nach langer, engagiert geführter Debatte durchgerungen hat, haben wir

diese Forderung verankert - ( [https://wolke.netzbegrueung.de/apps/files/?dir=/1\\_Bundesverband/Inhalte%20%26%20Positionen/Beschluesse%20Gremien/Bundesdelegiertenkonferenzen/2012-11-Hannover&fileid=28918531#pdfviewer](https://wolke.netzbegrueung.de/apps/files/?dir=/1_Bundesverband/Inhalte%20%26%20Positionen/Beschluesse%20Gremien/Bundesdelegiertenkonferenzen/2012-11-Hannover&fileid=28918531#pdfviewer), dort S. 7 ). Darauf aufbauend haben wir sie in unsere Bundestagswahlprogramme von 2013 ( [https://wolke.netzbegrueung.de/apps/files/?dir=/1\\_Bundesverband/Inhalte%20%26%20Positionen/Beschluesse%20Gremien/Bundesdelegiertenkonferenzen/2013-04-Berlin&fileid=28918267#pdfviewer](https://wolke.netzbegrueung.de/apps/files/?dir=/1_Bundesverband/Inhalte%20%26%20Positionen/Beschluesse%20Gremien/Bundesdelegiertenkonferenzen/2013-04-Berlin&fileid=28918267#pdfviewer) , dort S. 307 ) und 2017 ( [https://cms.gruene.de/uploads/documents/BUENDNIS\\_90\\_DIE\\_GRUENEN\\_Bundestagswahlprogramm\\_2017.pdf](https://cms.gruene.de/uploads/documents/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm_2017.pdf) , dort S. 86) aufgenommen und dann in unser Europawahlprogramm von 2019 (s.o.) und unser Grundsatzprogramm von 2020 (s.o.).

Wir sollten diese hervorragend wichtige programmatische Entscheidung auch in unserem Europawahlprogramm in vollem Umfang und unmissverständlich bekräftigen, denn:

Die Vereinten Nationen haben gemäß Artikel 1.1. ihrer Charta den Auftrag, "den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmassnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken .." (vgl. <https://www.un.org/en/sections/un-charter/chapter-i/index.html> ). Zur wirksamen Wahrung des Weltfriedens müssen die Vereinten Nationen sich auch über die Machtinteressen einer Vetomacht oder mehrerer Vetomächte hinwegsetzen können. Um das zu können, brauchen sie die Fähigkeit, Veto-Blockaden ihres Sicherheitsrats zu überwinden. Dies geht, indem eine qualifizierte Mehrheit (also eine Zwei-Drittel-Mehrheit) ihrer Generalversammlung einspringt und selbst friedens erzwingende Massnahmen nach Kapitel VII der VN-Charta beschliesst. Das Recht dazu hat sich die Generalversammlung 1950 erstmals selbst zugesprochen. Wenn sie dieses Recht praktisch anwendet, dann geht die grosse Mehrheit der in der Generalversammlung vertretenden Mitgliedsstaaten in einen ernsthaften politischen Konflikt. Ständige Mitglieder des Sicherheitsrats werden behaupten, diese Durchkreuzung ihrer Vetomacht sei eine unzulässige Über- bzw. Fehlinterpretation der VN-Charta. Wir sollten uns der Risiken bewusst sein, die mit einem solchen Vorgehen verbunden sind, aber genauso der noch viel höheren Risiken bei einer abwartend-resignierenden Haltung. Der Machtanspruch der Vetomächte darauf, dass nur mit ihrer Zustimmung oder Duldung schwerste Menschenrechtsverletzungen, also breit angelegte, systematische Vertreibungs- oder Kriegsverbrechen und Völkermord verhindert oder gestoppt werden dürfen, kann jederzeit wieder zu ganz unerträglichen Situationen führen.

Grüne sollten dabei bleiben, auch in solchen Situationen auf keinen Fall "Koalitionen der Willigen" ohne VN-Mandat zuzustimmen. Der Anschein, auf solche Weise einfacher oder schneller die erforderliche "Feuerkraft" zur Einzelfallhilfe zusammen zu bekommen, täuscht. Erfahrungsgemäß können die Folgen für die betroffenen Länder verheerend sein und der Bruch der VN-Charta weltweit die friedenssichernde Geltung des Völkerrechts und der Vereinten Nationen massiv beschädigen. Eben deswegen ist der Ausweg, friedens erzwingende Massnahmen durch die Generalversammlung zu mandatieren, ein lebenswichtiger, entscheidender Schritt auf dem Weg zu einer gut funktionierenden Weltfriedensordnung.

Das Recht der Generalversammlung, friedens erzwingende Massnahmen mit qualifizierter Mehrheit zu mandatieren, macht die Vereinten Nationen in jeder Konfliktlage tatsächlich entscheidungsfähig.

Erst nachdem die grosse Mehrheit der VN-Mitgliedsstaaten auf dieses Recht gestützt mehrere Konflikte mit Vetomächten durchgestanden, die Stärke des Rechts gegen das "Recht des Stärkeren" durchgesetzt und Frieden erfolgreich erzwungen haben, gibt es vernünftige Gründe für die Hoffnung auf eine Welt ohne Atomwaffen. Denn erst dann werden alle Atomwächte den Vereinten Nationen zutrauen, ihre eigenen nationalen, als vitalen betrachteten Interessen, auch in einem ernsthaften Konflikt mit den grössten anderen Mächten zuverlässig und dauerhaft zu schützen. Erst dann werden

sie die Risiken eines Verzichts auf ihre Atomwaffen für geringer erachten als die Risiken eines Behaltens.

Ä9 C – Was Frieden schützt

Antragsteller\*in: Leonie Völker (KV Frankfurt)

## Änderungsantrag zu A5

Von Zeile 1286 bis 1287 einfügen:

nachhaltig und in

der gesamten EU gewährleistet werden. Kritische Infrastruktur (z.B. Häfen, Eisenbahn, digitale Infrastruktur) muss vor dem Zugriff chinesischer Investitionen nachhaltig und in der gesamten EU geschützt werden.

## Begründung

Besserer Schutz Europas vor chinesischem Einfluss auf Europas Häfen sollte an dieser Stelle nochmal gesondert hervorgehoben werden, EU Hafen-Strategie muss voran getrieben werden.

Ä2 D – Was Freiheit schützt

Antragsteller\*in: Jonathan Worth (KV Berlin-Neukölln)

## Änderungsantrag zu A6

Von Zeile 1038 bis 1040 löschen:

für das Zusammenwachsen der europäischen Gemeinschaft. Deshalb lehnen wir ~~dauerhafte und stationäre~~ Binnengrenzkontrollen ab.

## Begründung

Ich verstehe, wie dieser Satz angesichts der aktuellen Debatte in Deutschland über stationäre Kontrollen formuliert wurde. Aber wir sollten gegen jegliche Art von Kontrollen an den Schengen-Binnengrenzen sein.

## Ä5 D – Was Freiheit schützt

Antragsteller\*in: Leonie Völker (KV Frankfurt)

### Änderungsantrag zu A6

Von Zeile 45 bis 49:

und langwierig

sind, so stellen sie doch einen großen Wert da: ~~Sie ersetzen die Gewehrkegel, die nicht mit sich reden lässt, mit der Kraft des Wortes und der Diskussion. Dabei~~ it der Kraft des Wortes und der Diskussion steht am Ende oft ein

### Begründung

Innerhalb der EU ist ja heute kein Krieg mehr, und selbst wenn sehr unterschiedliche Regierungen und politische Parteien miteinander ringen, ist das ja zum Glück seit langem nicht mehr mit der Gewehrkegel.

## Ä6 D – Was Freiheit schützt

Antragsteller\*in: Leonie Völker (KV Frankfurt)

### Änderungsantrag zu A6

Von Zeile 124 bis 126 einfügen:

demokratischen

Werten sicher leben. Für eine EU, die ein Zuhause bietet. Für eine EU, die offen bleibt und sich nicht abschottet. Dieses Europa wollen wir sein.

### Begründung

Gerade vor dem Hintergrund zur aktuellen EU Migrationspolitik sollten wir an dieser Stelle betonen, dass wir ein offenes und willkommendes Europa wollen, was sich nicht verbarikiert.

Ä9 D – Was Freiheit schützt

Antragsteller\*in: Christian Beck (KV Berlin-Mitte)

## Änderungsantrag zu A6

Von Zeile 251 bis 252 einfügen:

europäische

transnationale Listen bestimmt werden. Auch in den bleibenden nationalen oder regionalen Wahlkreisen soll die Europa-Parteizugehörigkeit nationaler Parteien klar erkennbar werden.

## Begründung

Zu oft wird national auf Brüssel geschimpft auf das was man in Brüssel in Verhandlungen mitgetragen hat. Und teils machen Parteien widersprüchlich Wahlkampf, wenn z.B. Christdemokraten in Berlin versprechen den EU-Haushalt zu deckeln und in Italien deutlich mehr investieren (also den Haushalt ausweiten) wollen. Damit Wähler\*innen wissen woran sie sind, sollten nationalen Parteien ihren EU-Parteien klar zuzuordnen sein. Diese soll-Regel ist auch im älteren EU-Wahlrechtsänderungsgesetz enthalten, das die Ampel-Fraktionen vor kurzem ratifiziert haben.



## Ä10 D – Was Freiheit schützt

Antragsteller\*in: Christian Beck (KV Berlin-Mitte)

### Änderungsantrag zu A6

Von Zeile 281 bis 283 einfügen:

Mehrheitsentscheidungen

Entscheidungen schneller ermöglichen, auch mit der Passerelle-Klausel. Wo bisher noch Einstimmigkeit zwischen den Staaten

Von Zeile 289 bis 291 löschen:

Zum anderen wollen wir die in den Verträgen vorgesehene Klausel der Verstärkten Zusammenarbeit (~~Passerelle-Klausel~~) besser nutzen. Sie erlaubt es einer Gruppe von

### Begründung

Die aktuelle Formulierung ist ein Missverständnis. Die verstärkte Zusammenarbeit und die Passerelle-Klausel sind unterschiedliche Dinge. Die verstärkte Zusammenarbeit erlaubt einer Gruppe williger Länder voran zu gehen, während andere noch nicht daran teilnehmen. Die Passerelle-Klausel ermöglicht eine einstimmige Entscheidung, um ab dann von Einstimmigkeit auf Mehrheitsentscheidungen zu wechseln. Teils kann dies kombiniert werden.

## Ä11 D – Was Freiheit schützt

Antragsteller\*in: Christian Beck (KV Berlin-Mitte)

### Änderungsantrag zu A6

Von Zeile 851 bis 853 einfügen:

ausbauen und ihn schrittweise zu einem gemeinsamen europäischen Angebot entwickeln. Angesichts der Gefahr durch Desinformation und Verschwörungstheorien, braucht es mehr Investitionen in öffentlich-rechtliche Inhalte aus gesamt-europäischer Perspektive. Darüber hinaus setzen wir uns für die Vernetzung der Angebote des öffentlich-rechtlichen

Von Zeile 856 bis 858 einfügen:

Medienangebote im

Netz ein (EU-Medienplattform). Wir wollen Förderung und Schutz für Exilmedien schaffen, damit die EU ein Raum des

### Begründung

ARTE ist super, aber kein Vollprogramm, das die Massen erreicht. Unterhaltende News wie die heute show, Böhmermann, Jon Oliver etc kosten Geld für Recherchen, Autoren und professionelle Produktion. Inhalte aus gesamt-europäischer Perspektive wären wichtig, um einer europäischen Öffentlichkeit Auftrieb zu geben. Der Krell, die chinesische Regierung sind bereit in Desinformation zu investieren. Sind wir bereit in öffentlich-rechtliche, unabhängige Information zu investieren.

## Ä12 D – Was Freiheit schützt

Antragsteller\*in: Christian Beck (KV Berlin-Mitte)

### Änderungsantrag zu A6

Von Zeile 834 bis 835 einfügen:

dem Grundsatz

der Staatsferne folgen müssen. Übermäßige Konzentration an Medienbesitz, auch in einzelnen Sprachmärkten, muss nicht nur transparent und verhindert, sondern wo schon bestehend von der EU-Kommission zerschlagen werden.

### Begründung

Das neue EU-Medienfreiheitsgesetz, selbst mit den im Europaparlament beschlossenen Verbesserungen, kann nur Transparenz und Prävention bei übermäßiger Besitzkonzentration bringen, keine neue Grundlage um der EU-Kommission eine Zerschlagung zu erleichtern. In Ungarn sind aber die meisten Medien in einer Stiftung konzentriert, die von einem Freund Viktor Orbans kontrolliert wird (die KESMA). Böse Briefe mit Verweis auf übermäßige Konzentration aus Brüssel allein können das nicht ändern. Und Konzentration muss natürlich nach Sprachmärkten analysiert werden. Die KESMA dominiert nicht den Medienbesitz in ganz Europa, aber in ganz Europa in ungarischer Sprache. Wir Grüne hatten im Europaparlament dazu einen Änderungsantrag eingebracht. Er scheiterte im Ausschuss am Fehlen von Sozialdemokraten bei der Abstimmung und im Plenum an deren Angst, dass die Christdemokraten darüber den Gesamtkompromiss scheitern lassen würden.

## Ä16 D – Was Freiheit schützt

Antragsteller\*in: Eva Saarmann (KV München)

### Änderungsantrag zu A6

Nach Zeile 1304 einfügen:

#### Gemeinsam gegen Menschenhandel

Menschenhandel in all seinen Formen ist ein grenzüberschreitendes Verbrechen mit dem jährlich viele Milliarden Euro umgesetzt werden. Trotz bestehender EU-Gesetzgebung und völkerrechtlicher Verpflichtungen der EU-Mitgliedsstaaten wird die Mehrzahl der Fälle von Menschenhandel bis heute nicht effektiv aufgeklärt.

Frauen und Kinder bilden die überwältigende Mehrzahl der Betroffenen und es ist unsere gesamtgesellschaftliche Aufgabe sie zu schützen, ihnen zu helfen und sie bei der Bewältigung erlittener Traumata zu unterstützen. Aufenthaltsrechtliche Regelungen sollten von der Mitwirkung im Strafverfahren abgekoppelt werden. Minderjährige Betroffene sind unter besonderen Schutz zu stellen.

Die EU-Organe sollen auf die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Menschenhandelsrichtlinie in den Mitgliedsstaaten hinwirken und sie dabei bestmöglich unterstützen. Die Mitgliedsstaaten sind gefordert, eigene Aktionspläne zur effektiven Bekämpfung von Menschenhandel zu entwerfen und in Zukunft zu einer besseren Identifizierung der Opfer und Täter sowie einer verbesserten Datenlage beizutragen.

Schließlich fordern wir eine entschlossene, grenzüberschreitende Zusammenarbeit der zuständigen Strafverfolgungs- und Ermittlungsbehörden und Fachberatungsstellen sowie die verstärkte Bereitstellung und Schulung von Personal, das mit Tätern und Opfern von Menschenhandel in Berührung kommt.

Bei der Bekämpfung von Menschenhandel unterstützen wir Bündnis-Grüne einen gesamtstrategischen und menschenrechtsbasierten Ansatz.

### Begründung

Zwischen den Abschnitten Organisierte Kriminalität und Gegen Geldwäsche vorgehen soll zu Menschenhandel als wichtigstem Unterfall organisierter Verbrechen ein separater Abschnitt eingefügt werden.

Die Bekämpfung von Menschenhandel wird von politischen und staatlichen Akteuren bisher nicht ausreichend priorisiert und forciert, obwohl es sich um Straftaten von immenser wirtschaftlicher Relevanz handelt und ihre Opfer großes Leid erfahren.

Wir müssen deshalb im Europawahlprogramm dafür sorgen, dass Menschenhandel als das wahrgenommen wird, was es ist: Ein organisiertes Menschenrechtsverbrechen im großen Stil, das aus dem kriminalistischen Dunkelfeld herausgeholt und mit allen Mitteln bekämpft werden muss.

Ein Abschnitt zu Menschenhandel findet sich schon im Kapitel Feminismus. Es ist jedoch falsch, Menschenhandel mit Zwangsprostitution gleichzusetzen. Menschenhandel nur als feministisches Thema zu setzen verleiht dem Kriminalitäts-Problem insgesamt nicht das ausreichende Gewicht.